

Kampagne zur Erhöhung der Wahlbeteiligung der Bundestagswahl 2013

Integration – Eine Querschnittsaufgabe

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Fast jeder fünfte Bürger in Deutschland hat Migrationshintergrund. Die Integration dieser Menschen in die hiesige Gesellschaft ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Integration kann niemals einseitig erfolgen. Sie gelingt erst dann, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird: Auf der einen Seite obliegt es den Menschen mit Migrationshintergrund sich möglichst gut in das gesellschaftliche Leben einzufinden. Gleichzeitig ist es aber auch Aufgabe der Politik und jedes einzelnen Bürgers die besten Voraussetzungen zu schaffen und für ein entsprechendes gesellschaftliches Klima zu sorgen.

Im Laufe der Zeit wandeln sich die Herausforderungen, die es in einer Gesellschaft zu bewältigen gilt. Je nachdem, besteht in manchen Politikfeldern manchmal mehr oder weniger Handlungsbedarf. Integration dagegen ist ein Prozess, der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt und der konstante Zuwendung verlangt. Im Gegensatz zu politischen Ansätzen, die sich auf ein spezifisches Problem beschränken, setzt die Integrationspolitik in der Breite an. Sie erstreckt sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Politikfelder. Der Integrationspolitik ist durch einzelne, punktuelle Maßnahmen nicht Genüge getan. Es gilt immer wieder neu anzusetzen. Gesellschaftliche Begleitumstände können die Integrationspolitik dabei begünstigen oder erschweren, so beispielsweise die Bildungspolitik oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt und Bildungssektor

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab, der sich angesichts des demographischen Wandels in Zukunft stark ausweiten wird. Mit der Blauen Karte der EU sind bereits erste Maßnahmen ergriffen worden, um die Zuwanderungsbedingungen für Hochqualifizierte zu erleichtern. Doch der absehbare Engpass kann nicht durch Zuwanderung allein gedeckt werden. Mit der Blauen Karte der EU ist es nicht getan – sie stellt nur den ersten Schritt in einer Reihe von Maßnahmen dar, mit der die Zukunft Deutschlands gesichert werden soll. Aufgabe der Integrationspolitik ist es daher vor allem auch das inländische Potenzial zu aktivieren.

Maßnahmen der Politik müssen daher vor allem im Bildungssektor ansetzen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund müssen gefördert werden. Die Schaffung von Chancengleichheit ist ein elementarer Schritt in diesem Prozess. Bildung darf nicht von der Herkunft eines Menschen abhängen. Auch müssen gerade Berufsanfänger mit Migrationshintergrund stärker in den Arbeitssektor integriert werden. Herkunft und Name haben immer noch einen maßgeblichen Einfluss auf die Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt.

Mehrstaatlichkeit und politische Teilhabe

Menschen mit Migrationsintergrund wachsen mit mindestens zwei Kulturen auf – mit der ihres Herkunftslandes und der Kultur des Landes in dem sie leben. Für einen großen Teil der Gesellschaft scheint es immer noch unvorstellbar, dass ein Mensch sich gleichermaßen zwei Kulturen zugehörig fühlen kann, ohne eine der beiden zu vernachlässigen. Dieser Annahme wird rechtlich durch die Verwehrung der Mehrstaatlichkeit Rückhalt verschafft. Ein Mensch kann und sollte sich jedoch nicht zwischen zwei Zugehörigkeiten entscheiden müssen. Denn nur mit dem Zugeständnis beider Herkunftsfürte fühlt sich er sich als Ganzes akzeptiert. Dieser Umstand sollte durch die Einführung der Mehrstaatlichkeit mehr Anerkennung erfahren. Eine Politik, die Menschen dazu zwingt einen Teil ihrer Identität abzugeben, wird nicht dazu führen sich in die hiesige Gesellschaft besser einzufügen; es vermittelt vielen Menschen stattdessen ein Gefühl von Heimatlosigkeit.

Das noch immer fehlende aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen von Drittstaatenangehörigen, die sich langjährig in Deutschland aufhalten, fügt sich in eine Politik der Abwertung kultureller Vielfalt ein. Das Gelingen von Integration wird von der Möglichkeit zur Mitgestaltung bestimmt. Ohne diese werden auch das Interesse und Bewusstsein für politische Teilhabe begrenzt bleiben. Ganz abgesehen davon, dass Deutschland in dieser Hinsicht im europäischen Vergleich Schweden, Dänemark, den Niederlanden und anderen Staaten hinterherhinkt, ist fraglich, ob die politische Exklusion auf kommunaler Ebene eines nicht unerheblichen, sesshaften Teils der Bevölkerung mit dem Demokratieprinzip vereinbar ist.

Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit

Die Politik sollte nicht daraufhin abzielen Menschen zu entwurzeln, sondern sich bietende Chancen erkennen und Potenziale ausschöpfen.

So wird auch in der natürlichen Mehrsprachigkeit oft ein großes Potenzial verkannt. Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht müssen wir aufhören dieses Gut als Bedrohung für Integration zu betrachten und anfangen es zu fördern: Sowohl die Sprache des Aufenthalts- als auch die des Herkunftslandes müssen gleichberechtigt erlernt werden. Mehrsprachigkeit ist eine Ressource. Ein Mensch, der zweisprachig aufwächst, so haben Studien gezeigt, lernt schneller Fremdsprachen. Ferner ist Sprache für viele Menschen ein Indikator, um zu beurteilen, wie „integriert“ eine Person ist. Wenn aber jemand die Sprache seines eigenen Landes nicht beherrscht, wird er in diesem nie als zugehörig akzeptiert werden. Sprache steht also im engen Zusammenhang mit der Identitätsfrage und ist daher genauso unverzichtbar. Sie ist nur ein Ausdruck einer der vielen Aspekte, in der sich Kultur und Zugehörigkeit äußern. Daneben schult die Förderung von Vielfalt letztendlich auch die interkulturelle Kompetenz einer gesamten Gesellschaft. Sensibilität im Umgang mit anderen Kulturen zählt mittlerweile zu den Grundvoraussetzungen einer hoch entwickelten Gesellschaft. All dies sind Qualitäten, die gerade im Zeitalter der Globalisierung entscheidend für das Fortkommen einer Gemeinschaft ist.

Globalisierung – Chancen erkennen und nutzen

Höchste Zeit ist es vor diesem Hintergrund auch sich endlich von dem Gedanken der Assimilation zu verabschieden. Unsere größte Angst sollte nicht Überfremdung sein, sondern eine monokulturelle Bevölkerung, die an den Auswirkungen der Globalisierung vorbei lebt. Die Folgen einer immer näher zusammenwachsenden Welt sind deutlich zu spüren: Nie war es so einfach mit Verwandten im Ausland Kontakt zu halten. Fernseher und Internet sorgen für ein abrufbares kulturelles Input. Die Verbindung zum Herkunftsland aufrecht zu erhalten ist ein Kinderspiel. Bestrebungen dieser Entwicklung entgegenzusteuern verkennen die Zeichen dieser Zeit – Globalisierung ist irreversibel. Anstatt die Menschen, die ihre Herkunftskultur pflegen von der Gesellschaft auszuschließen, sollten wir einen Weg finden mit dieser Realität umzugehen. Der erste Baustein für eine stabile Gesellschaft, sind solide, selbstbewusste Menschen. Nur ein Mensch, dem es erlaubt ist, seine zwei Zugehörigkeiten auszuleben entwickelt im Laufe seines Lebens eine gesunde Identität. Nur so können sich Menschen und Potenziale vollkommen entfalten.

Neben dem Nutzen von Integration sollte man vor allem danach fragen, was das Misslingen von Integration bedeutet. Die Folgen von verspäteter Integrationspolitik haben wir bereits zu spüren bekommen: Gesellschaftliche Segregation, hohe Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlich ausgebildete Jugendliche innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist eine traurige Bilanz. Integration ist daher nicht einfach nur ein Gefallen für einen Anderen. Vor allem ist Integration kein Akt der Barmherzigkeit. Die Folgen von misslungener Integration müssen wir letztendlich alle tragen.

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl

1. Was bedeutet gelungene Integration für Sie?

- ☐ Integration bedeutet für mich die Annahme der traditionellen Werte und Kultur der deutschen Gesellschaft. Traditionen der Herkunftsländer dürfen hier keine Rolle mehr spielen. Integriert ist wer perfekt Deutsch spricht.
- ☐ Die Gesellschaft ändert sich und wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft. Wichtig ist allein, dass die im Grundgesetz verankerten Werte der Bundesrepublik akzeptiert werden und danach gehandelt wird. Eine Selbstverständlichkeit ist es dann die Sprache Deutsch zu beherrschen.
- ☐

2. Wie beurteilen Sie die Einführung eines Wahlrechts auf kommunaler Ebene für langfristig in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Ländern?

- ☐ Ich halte ein kommunales Wahlrecht für langfristig hier lebende Ausländer aus Nicht-EU-Ländern für notwendig. Ich werde mich dafür in meiner Amtszeit einsetzen.
- ☐ Es ist ausreichend, wenn EU-Bürger das kommunale Wahlrecht haben. Nicht-EU-Bürger können sich –auch wenn sie seit Jahrzehnten hier leben- einbürgern lassen und erhalten damit das aktive und passive Wahlrecht für alle Wahlen.
- ☐

3. Wie stehen Sie zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund? Wie weit sollte diese Förderung gehen?

- ☐ Die deutsche Sprache hat die allerhöchste Priorität. Kinder von hier eingewanderten und integrierten Eltern benötigen die Sprache ihres Herkunftslandes nicht mehr.
- ☐ Wenn Kinder mit ihrer Herkunftssprache hier aufwachsen und dies gezielt unterstützt wird, ist das für sie und für unser Land ein großer Vorteil. Daher sollten im Kindergarten und der Grundschule die Herkunftssprache gezielt gefördert und später z.B. im Abitur als Fremdsprache anerkannt werden.
- ☐

4. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass Rassismus bis in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen ist – welche Mittel halten Sie für wirksam, um dagegen vorzugehen und in welcher Form werden Sie sich gegen Rassismus einsetzen?

- ☐ Ich glaube, dass es Rassismus nur bei ein paar Unverbesserlichen aus der rechten Ecke gibt. Diesen Personenkreis hat es immer gegeben und wird es immer geben. Es bedarf daher keiner neuen Handlungsstrategien.
- ☐ Ich glaube, dass alle Menschen generell anfällig für rassistisches Gedankengut sind. Wenn jetzt eine aktuelle Studie zeigt, dass Rassismus wieder vermehrt in vielen gesellschaftlichen Schichten akzeptiert ist, muss dies offen diskutiert und die Aufklärungsarbeit über Entstehung von Rassismus, sowie die Antidiskriminierungsarbeit verstärkt werden. Hierfür werde ich mich einsetzen.
- ☐

5. „Der Islam gehört zu Deutschland.“, so der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff – würden Sie dieser Äußerung zustimmen?

- ☐ Nein – Deutschland ist abendländisch - christliche geprägt und andere Religionen dürfen hier keine Rolle spielen.
- ☐ Ja – wir leben in einem säkularen Staat – unsere gemeinsame Basis ist das Grundgesetz, daher ist für viele Religionen in diesem Land gleichwertig Platz.
- ☐

6. Bei einer Einbürgerung in Deutschland wird bei den meisten EU-Bürgern die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft problemlos akzeptiert. Diese Möglichkeit gibt es nicht für die größte und schon seit vielen Jahrzehnten in Deutschland lebende Gruppe der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten.

- ☐ Diese Ungleichbehandlung ist richtig, weil türkeistämmige Menschen im Gegensatz zu den EU-Bürgern nicht zum abendländisch – christlichen Kulturkreis gehören.
- ☐ Es ist ein Gebot des Grundgesetzes alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleich zu behandeln. Es ist höchste Zeit die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für langjährig hier lebende Migrant/-innen einzuführen. Dafür werde ich mich in meiner Amtszeit öffentlichkeitswirksam einsetzen.
- ☐

Vorschläge für die Vorgehensweise in den Kommunen:

1. Beschluss des Integrationsrates/Integrationsausschusses bzw. des Vorstandes.
2. Presseerklärung zur Veranstaltung mit den Migrantenorganisationen und der Aufforderung der Bundestagskandidaten/Innen zu antworten.
3. Wahlprüfsteine werden an die Kandidaten/Innen mit der Bitte um Beantwortung übersandt.
4. Migrantenorganisationen sollen vor Ort ebenfalls ihre Wünsche und Forderungen an die Kandidaten/Innen stellen.
5. Die Vereinsvorstände, Imame in den Moscheevereinen und andere Multiplikatoren sollen zur Wahlbeteiligung durch Aufrufe motivieren und anregen.
6. Zusätzlich soll insbesondere in den Vereinen und Öffentlichkeitsarbeit auf die Möglichkeit der Briefwahl hingewiesen werden.
7. Rückmeldungen der Stellungnahmen zu dem Fragenkatalog seitens der Kandidaten zwecks Dokumentation an den Landesintegrationsrat.

Ziel der Aktion:

- Wahlbeteiligung der Migranten/Innen bei den Wahlen ist im Vergleich niedriger. Um diesen Zustand zu verbessern soll die Wahlbeteiligung der Migranten/Innen an der Bundestagswahl mit dieser Aktion gesteigert werden.
- Die Bundestagskandidaten/Innen sollen sich zur Integrationspolitik mit ihren eigenen Vorstellungen bekennen und ihre Position darstellen.
- Die Interessen der Migranten/Innen müssen von den Politikern ernstgenommen werden. Die Bedeutung der Migranten/Innen als Wähler/Innen soll hervorgehoben werden. Sie sollen als Wähler erkannt und von den kandidierenden ernstgenommen werden.

Veranstaltungsvorschläge für die Integrationsräte/Integrationsausschüsse:

- Anhand des Fragenkatalogs können öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Rathaus; Schulen, Vereinen und sonstigen Orten durchgeführt werden.
- Die örtliche Presse wird informiert und nimmt an den Veranstaltungen zwecks Berichterstattung teil.
- Dabei wird im ersten Schritt ein Termin für eine Veranstaltung (z.B. Podiumsdiskussion) vereinbart und öffentlich bekannt gemacht (Pressemitteilung, Plakate, Flyer, etc.). Die Kandidaten/Innen werden angeschrieben und um Stellungnahme zum Fragenkatalog gebeten. Kandidaten/Innen werden zu der Podiumsveranstaltung eingeladen. Die Fragen werden bei der Podiumsveranstaltung mit den Kandidaten und den Teilnehmern diskutiert.
- Des Weiteren können die Wahlprüfsteine für den Politikunterricht in den Schulen eingesetzt werden. (SEK II Schüler/innen sind ebenfalls potentielle Wähler).
- Die Veranstaltungen vor Ort können durch die Bildung eines Moderatorenpools unterstützt werden.